

Freddy CREMER (ProDG)
PDG, 27. September 2021

Es gilt das gesprochene Wort!

Dokument 25 (2021-2022) Nr. 10

Gemeinschaftspolitische Erklärung der Regierung: Helfen und verändern

Sehr geehrter Herr Präsident,
werte Kolleginnen und Kollegen aus Regierung und Parlament!

Ich war erfreut im GrenzEcho-Bericht über die Pressekonferenz der Kollegen von der CSP von vergangendem Donnerstag zu lesen, dass auch aus Sicht der CSP die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vieles gut gemacht hat. Auch hat die Regierung ganz offensichtlich die richtigen inhaltlichen Schwerpunkte gesetzt, denn andere wurden von der CSP nicht genannt.

Zwar wolle man, so die Kollegen der stärksten Oppositionspartei, „keinen Blankoscheck“ ausstellen, auch wurde moniert, dass die Regierungserklärung vor allem aus Ankündigungen bestünde und man sich manche Reform schon früher gewünscht habe.

Für diese Oppositions-Rhetorik habe ich volles Verständnis; schließlich will man ja auch eine eigene Oppositions-Duftmarke setzen.

Weniger nachvollziehen konnte ich allerdings die CSP-Aussage, die Regierung müsse u. a. hinsichtlich des Fachkräftemangels und der Mehrsprachigkeit „das Heft des Handelns in die Hand nehmen.“

Werte Kolleginnen und Kollegen von der CSP, dies sind nicht erst seit dieser Legislatur zentrale inhaltliche Schwerpunkte der Regierungsarbeit.

Wenn die CSP meint, die Paradelösung für den auch in Ostbelgien herrschenden Fachkräftemangel zu haben, sollte sie diese Zauberformel präsentieren. Seit Jahren arbeitet die Regierung Hand in Hand mit allen Akteuren des 'Fachkräftebündnisses Ostbelgien' an Lösungsstrategien für diese Herausforderung, die von zentraler Bedeutung für die Sicherung des Wirtschaftsstandortes Ostbelgien ist.

Aber für solch komplexe Probleme gibt es eben keine einfachen, keine simplen Lösungen. Jeder, der das vortäuscht, lügt sich selbst in die Tasche und betreibt politisches Blendwerk.

Dass 'Native Speaker', die im Grundschulwesen die erste Fremdsprache unterrichten, und Lehrpersonen, die in der Sekundarschule einen Sachfachunterricht in Französisch erteilen, zukünftig nur noch über **ausreichende** Deutschkenntnisse verfügen müssen, wird, Kollegin Creutz, in keiner Weise von der Regierung als „Stein der Weisen“ präsentiert, wie Sie im GrenzEcho-Artikel zitiert werden.

Es ist keineswegs der „Stein der Weisen“, sondern ganz einfach und bescheiden nur ein weiterer kleiner Mosaikstein von weit über 80 Maßnahmen, die in den letzten drei Legislaturen allein im Bereich der Fremdsprachenvermittlung ergriffen wurden.

Aber auch hier gilt dieselbe Feststellung wie für den Fachkräftemangel: keine simplen Lösungen für vielschichtige Probleme. Wer das propagiert, begeht Augenwischerei.

Denn auch im Bereich des Fremdsprachenerwerbs gibt es keinen Zaubertrank, den man nach Art einer Schluckimpfung nur einmal verabreichen muss.

Vollkommen zu Recht hat Ministerpräsident Paasch zu Beginn seiner Regierungserklärung den doppelten Krisenkontext noch einmal in Erinnerung gerufen.

Seit nunmehr 19 Monaten beeinflusst die Corona-Krise auch in der Deutschsprachigen Gemeinschaft das politische Agenda-Setting. Und vor zweieinhalb Monaten hat eine verheerende Naturkatastrophe, die auch ostbelgische Ortschaften und vor allem die Eupener Unterstadt hart getroffen hat, die Regierung erneut zu schnellen und effizienten Hilfsmaßnahmen gezwungen.

Denn in der Not gilt nur das Gebot der Hilfe.

In der Corona-Pandemie, in der es zuerst galt, der akuten epidemiologischen Gefahr schnell und effizient entgegenzutreten und anschließend alle Maßnahmen zur Abfederung der sozio-ökonomischen Folgen dieser anhaltenden Krise zu ergreifen, hat die Regierung in Zusammenarbeit mit dem Parlament alle, aber wirklich alle Register, die in unseren Zuständigkeitsbereichen liegen, gezogen, um den von der Pandemie am stärksten betroffenen Menschen, Betrieben, Organisationen und Vereinen zu helfen.

Bislang wurde ein Corona-Hilfsmaßnahmen-Paket in Höhe von 90 Millionen Euro geschnürt.

Seit Beginn der Krise hat das Marktforschungsinstitut Forsa im Auftrag der Regierung im Juni und im November 2020 und im März und Juni/Juli 2021 vier außerordentliche demoskopische Umfragen durchgeführt und nach den Sorgen und Ängsten der Ostbelgier in der Corona-Krise gefragt.

Gegenstand dieser Umfragen war unter anderem auch die Beurteilung des Krisenmanagements der DG-Regierung.

In den vier Umfragen lag die Zufriedenheit der Befragten mit dem Krisenmanagement zwischen 68 und 82 Prozent. In der Umfrage von Juni/Juli 2021 war der Zufriedenheitsgrad mit der Arbeit der DG-Regierung am höchsten. 16 Prozent dagegen waren weniger oder gar nicht zufrieden mit der Regierungsarbeit.

Angesichts der unzähligen Aufgaben, die es zu bewältigen galt und immer noch gilt, und vor dem Hintergrund einer sich stets weiter polarisierenden öffentlichen Meinung ist dies ein sehr positives Testat. Allerdings ist diese positive Bewertung auch kein sanftes Ruhekitchen, denn es werden sich in den kommenden Wochen und Monaten, wenn es von der föderalen in die regionale Phase der Krisenbewältigung geht, noch gewaltige Herausforderungen auftun.

Diese breite Zustimmung zur Regierungsarbeit ist m.E. aber auch auf die gute Zusammenarbeit zwischen Regierung und Parlament in der Zeit der Corona-Pandemie zurückzuführen. Man zog an einem Strang... und in dieselbe Richtung.

Die CSP- und die Ecolo-Fraktionen waren gemeinsam mit den Mehrheitsfraktionen immer wieder bemüht, die besten Lösungen für die Menschen, Betriebe, Organisationen und Vereine, die zeitweise in großer Not waren, zu suchen. Dabei gab es immer wieder Meinungsverschiedenheiten, aber dennoch ist es in den allermeisten Fällen gelungen, einen guten Kompromiss zu finden.

Diese Zusammenarbeit in der Krise war ein Paradebeispiel lösungs- und kompromissorientierter Politik im Dienste der Menschen. Man konzentrierte sich auf das Kerngeschäft und heizte die politische Stimmung nicht durch pseudo-wissenschaftliche Debatten an.

An dieser kompromissorientierten parlamentarischen Arbeit haben sich die Vertreter der Vivant-Fraktion nur in den aller seltensten Fällen beteiligt.

Dies kann auch keinen verwundern. Die Erklärung für diese Haltung lieferte der Fraktionssprecher der Vivant-Fraktion höchstpersönlich am 6. Mai 2021.

Am Abend dieses Tages strahlte der BRF in der Reihe 'Thema am Abend' eine Sendung aus, die den Titel trug: „Halbwahrheiten, Abspaltung und Hassparolen – über die (ostbelgische) Debattenkultur.“ Neben dem RWTH-Professor Hans-Jörg Sigwart hatte der BRF-Journalist Andreas Lejeune auch die sechs PDG-Fraktionsführer interviewt.

Jeder Interessierte kann übrigens diese 14-minütige Sendung mit einigen Mausklicks im BRF-Archiv finden.

Auf die Frage des Journalisten, was zur Entfremdung der Bürger von der Politik führe, antwortete Kollege Balter wörtlich wie folgt. Ich habe die Antwort wortgetreu transkribiert. „Das Problem ist auch, wir haben zu viele Kompromisse in der Politik, man geht zu viele Kompromisse ein und verbiegt sich dann zu viel und wir wollen uns nicht verbiegen. Es gibt sicher... in gewissen Punkten kann man Kompromisse eingehen und die wären wir auch bereit, aber die großen Linien, die behalten wir bei.“

Ich halte fest: für den Kollegen der Vivant-Fraktion ist der politische Kompromiss der große Ausnahmefall; wichtiger ist das Festhalten an ideologischen Positionen.

Dass dies kein fruchtbarer Boden für lösungsorientierte Politik sein kann, wird jedem einleuchten. Aber darum geht es der Vivant-Fraktion offensichtlich auch gar nicht.

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich darf wohl zu Recht behaupten, dass seit 1984 noch nie eine Regierung unserer Gemeinschaft mit einer so tiefgreifenden Krise wie der Corona-Pandemie konfrontiert wurde.

Seit Ausbruch der Corona-Krise ist die DG-Regierung keineswegs in Panik oder kopflosen Aktionismus verfallen und sie hat auch nicht das zu Beginn der Legislaturperiode vorgestellte Reformprogramm über Bord geworfen.

Genau das Gegenteil war und ist der Fall.

Die Regierung hat nicht nur an den 32 Projekten festgehalten, sondern in einigen wichtigen Kernbereichen wurden die finanziellen Mittel im Rahmen der ersten Haushaltsanpassung im Juni 2020 sogar noch einmal deutlich erhöht. Die Regierung hatte die ersten richtigen Lehren aus der Krise gezogen.

Zeitgleich schlug die Regierung vor, in der Zeitspanne 2020 bis 2029 insgesamt 600 Millionen Euro in die Sicherung, Stärkung und Weiterentwicklung des Standortes Ostbelgien zu investieren.

In der Krise hatte die Regierung die politische Weitsicht und den Mut, in unserer Gemeinschaft ein Infrastrukturinvestitionsprogramm in bislang nie gekannter Höhe aufzulegen.

Da ich diesbezüglich schon wiederholt an dieser Stelle ausführlich den Standpunkt der ProDG-Fraktion dargelegt habe, muss ich diese Ausführungen heute nicht erneut wiederholen.

Auch die grundlegenden Themen Klimaschutz, Bekämpfung von Fake News und Digitalisierung, die im Regierungshandeln höchste Priorität genießen, werde ich heute nicht behandeln. Aber nicht etwa, weil ich an der politischen Relevanz dieser Themen auch nur die geringsten Zweifel hätte, sondern nur, weil ich dies in der vergangenen Sitzungsperiode bereits wiederholt getan habe.

Ich möchte in den folgenden Ausführungen das in unserer Gemeinschaft bestehende weitverzweigte Dienstleistungsangebot und die anstehende siebte Staatsreform etwas genauer unter die Lupe nehmen.

Der Ministerpräsident erwähnte in seiner Regierungserklärung, dass nunmehr ein fast 200 Seiten starker Abschlussbericht des in den vergangenen Monaten durchgeführten Audits der Zentralverwaltung vorliegt.

Dieser Bericht soll die Grundlage für eine umfangreiche Reform der öffentlichen Verwaltung sein.

Dass eine Zentralverwaltung, genauso wie jeder andere Betrieb und jede andere Institution, regelmäßig auf den Prüfstand kommt, um gegebenenfalls Verbesserungspotentiale aufzuzeigen, ist ein ganz normaler Vorgang.

Dies ist umso erforderlicher, wenn man berücksichtigt, dass im Kontext der Entwicklung des belgischen Föderalismus die Zahl der in der Deutschsprachigen Gemeinschaft angebotenen Dienstleistungen im Laufe der Jahrzehnte exponentiell gewachsen ist.

Es darf nie vergessen werden, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft in erster Linie und an erster Stelle ein bedeutender Dienstleistungsanbieter ist.

Der zeitliche Rahmen dieser Stellungnahme würde wohl kaum ausreichen, um die bestehenden über 600 Dienstleistungen auch nur summarisch aufzulisten.

Diese Dienstleistungen werden in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Familien, Unterstützung von Menschen mit Beeinträchtigung, Seniorenbetreuung, Kultur, Sport, Beschäftigung, Kinderbetreuung, Jugend, Medien, Integration, Freizeit, Tourismus und noch in vielen weiteren Bereichen erbracht.

Alle Menschen in unserer Gemeinschaft nehmen viele dieser Dienstleistungen tagtäglich in Anspruch.

Der konkrete Mehrwert der Autonomie für die über 78 000 in unserer Gemeinschaft lebenden Bürger und Bürgerinnen kristallisiert sich in der Antwort auf die einzig entscheidende Frage: Wie können wir die uns im Laufe der letzten Jahrzehnte übertragenen Zuständigkeiten nutzen, um die Lebensqualität der Menschen zu erhalten und noch weiter zu verbessern und um den gesellschaftlichen Zusammenhalt aller in Ostbelgien lebenden Menschen noch weiter zu fördern?

Autonomie hat die Schaffung dieses breiten Dienstleistungsspektrums als ultimatives Ziel.

Es kann nicht deutlich genug gesagt werden, dass ein direkter kausaler Zusammenhang zwischen der Autonomieentwicklung auf der einen Seite und der Vielzahl von Dienstleistungsangeboten auf der anderen Seite besteht.

Weil das Unterrichtswesen im Jahre 1988 vergemeinschaftet wurde, können wir seitdem im Bildungsbereich gezielte Maßnahmen, die genau auf die Bedarfe der ostbelgischen Schulen abzielen, ergreifen.

Weil wir durch die Übertragung der Raumordnung von der Wallonischen Region an unsere Gemeinschaft seit dem 1. Januar 2020 zuständig sind, können wir kurz-, mittel- und langfristig den ostbelgischen Raum nach unserer eigenen Raumvision gestalten.

Jedem hier im Plenum ist klar, dass ich die Auflistung dieser Kausalsätze noch lange fortsetzen könnte, um den Konnex zwischen institutioneller Autonomieentwicklung einerseits und ganz konkreter Politikgestaltung andererseits aufzuzeigen.

Das ist genau das, was jeder Parlamentarier, egal ob er der Mehrheit oder der Opposition angehört, den Menschen immer wieder deutlich vor Augen führen muss.

Autonomie ist kein Selbstzweck ist. Die Übertragung von Zuständigkeiten, sei es durch die bisherigen sechs großen Verfassungsrevisionen, sei es durch die Aktivierung von Artikel 139 der Verfassung, war immer nur ein Mittel.

Eine Übertragung von Zuständigkeiten ist also nie das Ziel, sondern immer nur der Ausgangspunkt für sehr konkretes politisches Handeln.

Umso überraschender und wahrscheinlich auch ernüchternder muss die Feststellung sein, dass vielen Menschen in unserer Gemeinschaft diese Dienstleistungen nur unzureichend bekannt sind, oder diese zumindest nicht zur Autonomie in Verbindung gesetzt werden.

In drei demoskopischen Umfragen, die in den Jahren 2011, 2014 und 2018 in Ostbelgien vom anerkannten deutschen Meinungsforschungsinstitut Forsa durchgeführt wurden, wurde auch nach der Bekanntheit der Dienstleistungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft gefragt.

Die rund 1000 Befragten wurden offen und ohne Antwortvorgaben gebeten, anzugeben, welche Dienstleistungen ihnen spontan einfallen. Ein Ergebnis lässt besonders aufhorchen.

Im Bericht der Umfrage von 2018 steht auf Seite 41: **„38 Prozent (ähnlich vielen wie 2014 bzw. 2011) fallen spontan gar keine Dienstleistungen ein, die die Deutschsprachige Gemeinschaft erbringt.“**

Fast vier von 10 Befragten nehmen die Deutschsprachige Gemeinschaft erst gar nicht als Dienstleistungserbringer wahr, obwohl über 600 Dienstleistungen in deutscher Sprache erbracht werden.

Wenn wir in zwei Jahren den 50. Geburtstag unserer Autonomie feiern, sollte es das zentrale Anliegen sein, den Menschen in unserer Gemeinschaft den sehr realen Mehrwert der Autonomie zu dokumentieren. Autonomie ist kein politisches Abstraktum, sondern im Gegenteil etwas sehr Greifbares.

Auch in Bezug auf unsere Autonomie gilt das geflügelte Wort Willy Brandts aus dem Jahre 1992: „Nichts kommt von selbst. Und nur wenig ist von Dauer.“

Die weitreichende Eigenständigkeit, die in einem dynamischen Prozess gewachsen ist, war und ist kein Selbstläufer; viele Menschen haben sich dafür eingesetzt und viele werden sich auch in

Zukunft dafür einsetzen müssen

Denn in dem Moment, in dem etwas als selbstverständlich angesehen wird, läuft man bereits Gefahr, dass man es verliert.

Die Autonomie und das bestehende breite Dienstleistungsspektrum sind die Seiten derselben Medaille.

Werte Kolleginnen und Kollegen, begreift man, dass der konsequente Ausbau der Dienstleitungen erst infolge des Autonomieausbaus möglich war, dann versteht man auch, dass die anstehende siebte Staatsreform von fundamentaler Bedeutung für die weitere Autonomieentwicklung unserer Gemeinschaft sein wird.

Und deshalb ist es auch von grundlegender Bedeutung, dass wir fraktionsübergreifend und jenseits der Bruchlinien von Mehrheit und Opposition gerade in Fragen der institutionellen Entwicklung als Parlament wirklich mit einer Stimme sprechen.

Es geht keineswegs darum, den politischen Ehrgeiz einzelner Personen oder einzelner Parteien zu befriedigen, wie Kollegen der Vivant-Fraktion es so gerne darstellen; es geht einzig darum, unsere Gemeinschaft als gleichberechtigten Partner mit den anderen gliedstaatlichen Einheiten im Bundesstaat Belgien zu positionieren.

Das hat nichts mit Selbstüberschätzung oder politischer Hybris zu tun. Das entspricht ganz einfach unserem demokratischen Verständnis eines föderalen Staatsaufbaus

Deshalb verstehe ich die anstehende siebte Staatsreform auch keineswegs als eine drohende Gefahr oder als ein die Einheit Belgiens bedrohendes Damoklesschwert.

Im Gegenteil, die siebte Staatsreform ist eine große Chance, um den belgischen Föderalismus zu vollenden und gerade somit das Fortbestehen des belgischen Föderalstaates zu sichern.

So sahen es auch die beiden Regierungsbildner Paul Magnette und Alexander De Croo, die am 30. September 2020, also vor einem Jahr, ihren Bericht hinterlegten.

Das fünfte Kapitel dieses Berichts ist der anstehenden institutionellen Reform, der demokratischen Erneuerung, dem Zusammenleben und der Gendergerechtigkeit gewidmet.

Die anstehende Verfassungsreform unterscheidet sich von den vorausgegangenen in wesentlichen Punkten.

In bisher sechs Staatsreformen wurde der belgische Einheitsstaat progressiv und schiebchenweise in einen Bundesstaat umgewandelt. Dabei galt es stets, flämische und wallonische Forderungen, die manchmal diametral entgegengesetzt waren, unter ein Dach zu bringen.

Diese Vorgehensweise hat aber zu Ungereimtheiten im Aufbau des belgischen Staatsgefüges geführt. So gibt es beispielsweise viele Zuständigkeiten, die teilweise von der föderalen Ebene und teilweise von den Gliedstaaten ausgeübt werden. Dabei entstehen Reibungsverluste.

Alles soll bei der anstehenden Verfassungsreform auf den Prüfstand, Tabus soll es nicht geben. So soll diesmal beispielsweise bei dem Bestreben nach einer kohärenteren Zuordnung der Befugnisse auch das Thema der Reföderalisierung nicht ausgeklammert werden.

Anders als je zuvor soll es einen breiten Bürgerbeteiligungsprozess geben. Die Einbindung der organisierten Zivilgesellschaft und die anstehende Bürgerbefragung sind nur zwei Aspekte dieses Prozesses. Es ist eine innovative Vorgehensweise

Auch im Hinblick auf die anstehende Verfassungsreform wird es von großer Bedeutung sein, dass Regierung und Parlament Hand in Hand arbeiten werden, um die Interessen der ostbelgischen Bevölkerung bestmöglich zu vertreten.

Werte Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich abschließend feststellen, dass diese Regierungserklärung in der Kontinuität der Regierungserklärungen von 2019 und 2020 steht.

Denn nur, wenn man die richtigen Lehren aus der Krise zieht und auch in der Krise den Mut für Veränderung hat, gelingt es, die Deutschsprachige Gemeinschaft zukunftsfähig zu machen

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit

Freddy Cremer
ProDG-Fraktion
27. September 2021